

Auftraggeber

*Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH
Dircksenstraße 38
10178 Berlin*

Planer

*Ingenieurbüro Thiele & Partner mbB
Zierker Straße 39
17235 Neustrelitz*

Gz. / Vertrags-Nr.

Leistungsbeschreibung

Bezeichnung der Bauleistung:

***Herstellung eines temporären Gehweges im Zuge
des Neubaus Areal Landsberger Allee / Danziger
Straße (ehem. SEZ)***

- Baubeschreibung -

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Beschreibung der Leistung	3
1.1	Allgemeine Angaben	3
1.2	Art und Umfang	3
1.3	Anlagen im Baubereich / Einbauten / Schnittstellen	3
1.4	Besondere Randbedingungen (Baumschutz / öffentliche Nutzung)	3
2	Angaben zur Ausführung / Technisches Konzept	5
2.1	Grundsätze der Ausführung	5
2.2	Vorarbeiten, Rückbau und Planum	5
2.3	Tragschicht und Schichtaufbau (temporärer Gehweg)	5
2.4	Einbauten, Hindernisse und Zugänglichkeit	5
2.5	Anschlussbereiche Bauanfang/Bauende	6
2.6	Ausbildung der Gehwegkante	6
2.7	Qualitätsanforderungen und Endzustand	7
2.8	Verkehrliche Führung während der Bauausführung	7
3	Angaben zur Baustelle	8
3.1	Lage der Baustelle	8
3.2	Vorhandene öffentliche Verkehrswege	8
3.3	Zugänge, Zufahrten	8
3.4	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	8
3.5	Lager- und Arbeitsplätze	8
3.6	Anlagen im Baubereich	9
4	Angaben zur Ausführung	10
4.1	Termine und Fristen	10
4.2	Verkehrsführung, Verkehrssicherung	10
4.3	Bauablauf	10
4.4	Bauehelfe	11
4.5	Stoffe, Bauteile	11
4.6	Materialwahl und Einsatz von Recyclingbaustoffen (EBV)	11
4.7	Abfälle	12
4.8	Winterbau	12
4.9	Beweissicherung	12
4.10	Sicherungsmaßnahmen	12
4.11	Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren	13
4.11.1	Eignungsprüfungen	13
4.11.2	Eigenüberwachungsprüfungen	13

Baubeschreibung

Sofern zwischen Baubeschreibung und Leistungsverzeichnis Abweichungen bestehen, ist das Leistungsverzeichnis maßgebend.

1 Allgemeine Beschreibung der Leistung

1.1 Allgemeine Angaben

Die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte plant im Zuge des Neubaus Areal Landsberger Allee / Danziger Straße (ehem. SEZ) die Herstellung eines temporären Gehweges.

Anlass ist die Verlagerung bzw. Inanspruchnahme des vorhandenen Gehwegs durch die neue Baugrenze des angrenzenden Baugrundstücks. Die bestehende Gehwegbreite steht damit während der Bauzeit nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung, sodass eine eigenständige, sichere und durchgängige Fußgängerführung als Provisorium erforderlich ist. Ziel der Maßnahme ist die Aufrechterhaltung des Fußgängerverkehrs (barrierearm, stolperfrei, rutscharm) über die gesamte Bauzeit.

1.2 Art und Umfang

Gegenstand der ausgeschriebenen Leistung ist die Herstellung des temporären Gehwegs einschließlich erforderlicher Vorarbeiten und Anpassungen im Baufeld. Dazu zählen insbesondere Erd- und Rückbauarbeiten (z. B. Rückbau von Ausstattungselementen wie Fahrradbügeln sowie Rückbau der Litfaßsäule inkl. Fundament, soweit im Baufeld), die Herstellung eines tragfähigen Planums im Grünstreifenbereich (Oberbodenabtrag), das lagenweise Einbauen und Verdichten einer ungebundenen Tragschicht (Schottertragschicht 0/32), das Verlegen einer Trennlage (Geotextilvlies/Geovlies) auf der vorhanden Pflasterfläche sowie die Herstellung einer Schutz- und Ausgleichsschicht aus gebrochenem Material 0/5 (d = 4 cm) und Asphalttragschicht AC 16 TS (d = 6 cm) sowie Asphaltdeckschicht AC 8 DN (d = 4 cm) gemäß Leistungsverzeichnis. Das Geotextilvlies wird als Trennlage ausschließlich auf den Bestandsflächen (Pflaster) verlegt; zur sicheren Ausbildung der Schichttrennung wird das Vlies in den angrenzenden Neubau-/Tragschichtbereich mit ausreichender Überlappung geführt.

Die Oberfläche ist eben und stolperfrei auszubilden. Übergänge an Bestandsflächen und Einbauten sind ohne Kantenbildung herzustellen, Wasseransammlungen sind zu vermeiden (Gefälle). Zur baulichen Abgrenzung zwischen Grünstreifen und provisorischem Gehweg wird in den baumfreien Bereichen ein Rasenbord 100x25x8 cm gesetzt (in Magerbetonbettung mit Rückenstütze). Im Baumbereich wird zur Vermeidung von Wurzelbeschädigungen auf eine Bordgründung verzichtet. Die Gehwegkante wird dort als standsicherer Asphalt-Randkeil (keilförmig, gut verdichtet, stolperfrei) ausgebildet.

1.3 Anlagen im Baubereich / Einbauten / Schnittstellen

Im Baufeld befinden sich Einbauten und Hindernisse (u. a. Schachtbauwerk, Schaltschränke, Telefonstation, Masten). Diese sind grundsätzlich zugänglich und bedienbar zu halten. Notwendige Anpassungen (z. B. temporäres Höhengleichsetzen einer Schachtabdeckung, Aussparungen/Anarbeitungen an Einbauten) sind in Abstimmung mit den jeweiligen Versorgungsträgern auszuführen und werden im Leistungsverzeichnis über gesonderte Positionen/Zulagen abgebildet.

1.4 Besondere Randbedingungen (Baumschutz / öffentliche Nutzung)

Im Abschnitt sind Straßenbäume im Bereich des Grünstreifens vorhanden. Erdarbeiten im Wurzelraum sind baumschonend auszuführen. Im unmittelbaren Wurzelbereich ist Handschachtung vorzusehen und Wurzeln sind vor Austrocknung/Frost zu schützen. Die Ausführung erfolgt im

Herstellung eines temporären Gehweges Landsberger Allee / Danziger Straße

öffentlichen Straßenland unter Beachtung der Verkehrssicherung: Der Fußgängerverkehr ist während der Bauausführung sicher zu führen und die temporäre Fläche ist nach Herstellung dauerhaft verkehrssicher zu halten.

2 Angaben zur Ausführung / Technisches Konzept

2.1 Grundsätze der Ausführung

Die temporäre Gehwegfläche ist so herzustellen, dass sie während der vorgesehenen Standzeit von ca. 5 Jahren dauerhaft verkehrssicher (eben, stolperfrei, rutscharm und barrierearm) nutzbar ist. Übergänge an Bestandsflächen, Randbereiche sowie Anschlüsse an Einbauten sind ohne Kantenbildung auszubilden. Es ist ein funktionsgerechtes Quergefälle herzustellen. Muldenbildung/Wasseransammlungen sind zu vermeiden. Die Arbeiten sind abschnittsweise so zu organisieren, dass die Durchgängigkeit des Fußgängerverkehrs aufrechterhalten bleibt bzw. kurzfristige Einschränkungen verkehrssicher abgesichert werden.

2.2 Vorarbeiten, Rückbau und Planum

Im Baufeld sind vorhandene Ausstattungselemente (z. B. Fahrradbügel, Poller) zurückzubauen, soweit sie der Herstellung der temporären Gehwegführung entgegenstehen. Rückbau- und Abbruchmaterial ist aufzunehmen, abzutransportieren und ordnungsgemäß zu entsorgen bzw. zu verwerten. Baugruben/Fehlstellen sind lagenweise mit geeignetem Material zu verfüllen und zu verdichten. Das Planum ist profilgerecht als Grundlage für die nachfolgenden Schichten herzustellen.

Im Bereich des Grünstreifens ist der Oberboden abzutragen (i. d. R. bis 30 cm, max. 40 cm (örtlich/ÖBB)) und ein tragfähiges Planum herzustellen. Weiche Stellen sind vor dem Einbau der Tragschichten zu beseitigen (Nacharbeiten/Austausch in erforderlichem Umfang). Erdarbeiten im unmittelbaren Wurzelbereich der Straßenbäume erfolgen baumschonend in Handschachtung. Freigelegte Wurzeln sind zu schützen und zeitnah wieder zu überdecken.

2.3 Tragschicht und Schichtaufbau (temporärer Gehweg)

Die temporäre Gehwegfläche wird auf einer ungebundenen Tragschicht aufgebaut. Hierzu ist im Grünstreifenbereich eine Schottertragschicht (STS) aus Mineralgemisch 0/32 lagenweise einzubauen, profilgerecht abzuziehen und zu verdichten. Die OK Tragschicht ist so herzustellen, dass sie die erforderliche Höhe und das Quergefälle für die darüberliegenden Schichten vorgibt.

Auf den Bestandsflächen (Pflaster) wird ein Geotextilvlies (Geovlies) als Trennlage verlegt. Die Verlegung erfolgt faltenfrei, bahnenweise, mit erforderlichen Überlappungen. Beschädigungen sind zu vermeiden bzw. auszutauschen. Die Trennlage dient auch der rückstandsarmen Rückbaubarkeit des temporären Aufbaus.

Zur Herstellung einer gleichmäßigen Einbauunterlage für den Asphaltaufbau wird vollflächig eine Schutz- und Ausgleichsschicht vor thermischer Beanspruchung aus gebrochenem Material 0/5 (d = 4 cm) hergestellt und verdichtet. Im Bereich der Bestandsflächen (Pflaster) erfolgt der Einbau auf Geovlies.

Auf der Schutz-/Ausgleichsschicht wird der Asphaltaufbau hergestellt. Vorgesehen ist eine Asphalttragschicht mit feiner Körnung (für Gehwegbelastung geeignet), die profilgerecht eingebaut und verdichtet wird. Die Oberfläche ist eben, stolperfrei, rutscharm und barrierearm auszubilden. Übergänge an Bestandsflächen, an Randbereichen sowie an Einbauten sind keilförmig und ohne Kantenbildung herzustellen. Ein funktionsgerechtes Quergefälle ist durchgehend einzuhalten; Wasseransammlungen sind zu vermeiden.

2.4 Einbauten, Hindernisse und Zugänglichkeit

Im Baubereich befinden sich zwei Schaltschränke von Versorgungsträgern, eine Telefonstation der Telekom sowie ein großer Mast der Straßenbahn (Bestandsanlage). Diese Einbauten sind während der gesamten Bauausführung zu schützen und jederzeit zugänglich und bedienbar zu halten. Arbeiten im unmittelbaren Umfeld sind mit besonderer Sorgfalt auszuführen (keine Beschädigung von Fundamenten, Sockeln, Kabelzuführungen und Anlagenteilen; keine

Materialanträge an Bedienflächen)

Die Schachtabdeckung ist temporär höhengleich zur OK der provisorischen Gehwegoberfläche herzustellen (systemgerecht, spannungsfreie Lagerung/Unterfütterung), sodass ein Öffnen jederzeit möglich bleibt. Geovlies ist im Bereich von Einbauten/Hindernissen auszuschneiden und fachgerecht anzuschließen. Der Asphaltaufbau ist im Bereich von Einbauten standsicher, stolperfrei und entwässerungsgerecht anzuschließen (Bedien- und Wartungsbereiche freihalten, Gefälle vom Einbau weg, keine Mulden).

Im Bereich von Einbauten ist die Asphalttragschicht zu schneiden, in erforderlichem Umfang aufnehmen/ausbauen und fachgerecht entsorgen bzw. verwerten. Anschlussbereich für Einbau herstellen, Einbauteil freihalten bzw. auf Höhe gemäß gesonderter Position anpassen. Anschließend Umpflastern des Anschlussbereiches inkl. Bettung und Fuge: Pflasterfläche aus Betonsteinen herstellen, Bettung plan herstellen, Steine fachgerecht setzen, verfugen und verdichten.

Vorhandene Abläufe im Baufeld werden vor dem Überbau gegen Materialeintrag gesichert und anschließend überbaut; die Lage ist für den Rückbau zu dokumentieren.

Soweit für Arbeiten im Bereich der Straßenbahninfrastruktur zusätzliche Vorgaben (z. B. Schutzabstände, Baustellenlogistik) erforderlich sind, sind diese vor Ausführung mit der zuständigen Stelle (Betreiber/Netz) abzustimmen und einzuhalten.

Der Einbau der Asphalttragschicht erfolgt aufgrund der örtlichen Randbedingungen mit Beschi-cker. Die Logistik und der Einbauablauf sind entsprechend abzustimmen.

Lichtraumprofil

Die provisorische Gehwegführung wird so hergestellt, dass eine durchgängige lichte nutzbare Breite von mindestens 1,50 m gewährleistet ist. Die Einhaltung der lichten Breite wird im Lageplan bemaßt nachgewiesen. Im Bereich punktueller Engstellen (z. B. Einbauten) werden erforderlichenfalls Ausweichstellen/Umgehungen vorgesehen. Am Bauende ist eine entsprechende Ausweichstelle eingeplant, um die Mindestbreite dauerhaft sicherzustellen.

2.5 Anschlussbereiche Bauanfang/Bauende

Am Beginn und am Ende der temporären Gehwegführung sind Anschlussbereiche herzustellen, um eine geradlinige, standsichere Anarbeitung des nachfolgenden Schichtenaufbaus zu gewährleisten und Ausbrüche bzw. ungleichmäßige Übergänge zu vermeiden. Hierzu wird im vorhandenen Pflaster ein gerader Sägeschnitt über die gesamte Gehwegbreite (ca. 3,50 m) entlang der vorgesehenen Anschlusslinie hergestellt. Im Anschlussbereich wird das Pflaster einschließlich Bettung/Unterbau in einer Länge von ca. 3,0 m aufgenommen und der Untergrund höhenmäßig neu profiliert sowie lagenweise verdichtet. Die hergestellte Fläche ist profilgerecht (inkl. Gefälle) als tragfähige, ebene Einbauunterlage auszubilden. Der eigentliche Aufbau der temporären Gehwegkonstruktion (Geovlies/Schutzlage/Asphalt) erfolgt anschließend gemäß Regelaufbau und ist in den entsprechenden Positionen gesondert beschrieben.

2.6 Ausbildung der Gehwegkante

Im Bereich der Bestandsbäume wird aus Gründen des Baumschutzes auf eine Bordgründung verzichtet. Die seitliche Begrenzung des provisorischen Gehweges wird dort durch eine standsichere Ausbildung der Kante hergestellt (z. B. keilförmige Abschrägung/Anrampung in den Grünstreifen bzw. Kantenausbildung ohne scharfkantigen Abschluss), sodass Ausbrüche vermieden und eine dauerhaft verkehrssichere, stolperfreie Gehwegkante gewährleistet ist. Erdarbeiten im Wurzelbereich erfolgen ausschließlich in Handschachtung und in Abstimmung mit der ÖBB. Eingriffstiefen werden erforderlichenfalls reduziert.

2.7 Qualitätsanforderungen und Endzustand

Nach Herstellung ist die temporäre Gehwegfläche auf Ebenheit, Stolperfreiheit, Entwässerung (Quergefälle) sowie die Zugänglichkeit der Einbauten zu prüfen. Notwendige Nacharbeiten (Profilierung, zusätzliche Verdichtung, Feinausbildung an Übergängen und Einbauten) sind im Zuge der Herstellung zu erbringen. Der Endzustand hat eine dauerhaft verkehrssichere Nutzung für den Fußgängerverkehr zu gewährleisten.

2.8 Verkehrliche Führung während der Bauausführung

Während der Herstellung der temporären Gehwegfläche wird der Fußgängerverkehr abschnittsweise an der Arbeitsstelle vorbeigeführt.

Der Baustellenbereich ist durchgehend mit Bauzaun abzugrenzen; der Bauzaun ist standsicher und verschraubt herzustellen.

Der Einbau der Asphalttragschicht erfolgt aufgrund der örtlichen Randbedingungen mit Beschi-cker. Verkehrsrechtliche Maßnahmen sind dafür einzuplanen.

3 Angaben zur Baustelle

3.1 Lage der Baustelle

Die Baustelle liegt im öffentlichen Straßenland im Bereich der Landsberger Allee in Berlin. Der genaue Umfang und die räumliche Abgrenzung der Maßnahme ergeben sich aus dem Lageplan (Unterlage 5/1) und betreffen den Seitenraum entlang der Landsberger Allee erstellten Baugrenze / Grundstücksgrenze.

Der temporäre Gehweg wird parallel zur Landsberger Allee im Bereich zwischen dem vorgesehenen (separat geführten) Radweg und dem anliegenden Baugrundstück angeordnet. Die Lage der temporären Verkehrsflächen ist im Lageplan mit den zugehörigen Breiten (Radweg, Grünstreifen, Gehweg) sowie den erforderlichen Rückbau- und Anpassungsbereichen (u. a. Abbruch Hochbord, Rückbau Poller/Fahrradständer, Baumschutzbereiche) dargestellt.

3.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Die Baustelle ist über das Bundes- und Landesstraßennetz gut zu erreichen. Vom AG werden keine gesonderten Zugänge und Abfahrten zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung und Herrichtung von Zufahrtsmöglichkeiten zur Baustelle ist Sache des AN einschließlich der laufenden Reinigung und Wiederinstandsetzung aller als Zufahrt benutzten Straßen und Wege.

3.3 Zugänge, Zufahrten

Klassifizierte Straßen sind im Rahmen der Widmung und der verkehrsbehördlichen Vorschriften zu benutzen. Beschränkungen im Gemeingebrauch berechtigen nicht zu Nachforderungen.

Für Baustofftransporte sind die öffentlichen Straßen zu nutzen.

Die Genehmigung zur Benutzung von klassifizierten Straßen und Wegen hat der Auftragnehmer vor Beginn der Arbeiten vom jeweiligen Baulastträger selbst einzuholen. Durch die Benutzung auftretende Schäden an diesen Wegen hat der Auftragnehmer auf eigenen Kosten zu beseitigen. Sofern bei der Bauausführung Straßen und Wege verunreinigt werden, hat der AN diese Verunreinigungen zur Vermeidung von Verkehrsgefahren und Immissionen, aus denen Ansprüche Dritter hergeleitet werden können, unverzüglich zu beseitigen. Die Kosten sind in die Einheitspreise für die Baustelleneinrichtung einzurechnen.

3.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten für Wasser, Abwasser und Strom sind nicht vorhanden und werden vom Auftraggeber auch nicht zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer hat die Ver- und Entsorgung mit Wasser, Abwasser und Strom eigenverantwortlich zu organisieren. Dies wird nicht besonders vergütet und ist in die Positionen der Baustelleneinrichtung einzurechnen.

3.5 Lager- und Arbeitsplätze

Lager- und Arbeitsplätze über die für den Straßenbau unmittelbar benötigten Flächen werden vom Auftraggeber nicht bereitgestellt. Besteht Bedarf an Lager- und Arbeitsplätzen, so sind diese durch den Auftragnehmer eigenständig zu beschaffen. Nach Bauende und Räumung der Baustelle sind die evtl. benutzten Flächen und Zufahrtswege wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Der Auftragnehmer haftet für alle Folgen, die sich aus der Baustelleneinrichtung ergeben.

Von sämtlichen in Anspruch genommenen Flächen sind vom AN dem AG am Schluss der Baumaßnahme unaufgefordert Freistellungserklärungen der Eigentümer oder Pächter vorzulegen.

Das Lagern von Geräten, Material und dergleichen in den Seitenräumen neben den unter Verkehr liegenden Strecken ist nicht gestattet.

3.6 Anlagen im Baubereich

Der AN hat sich vor Baubeginn über das eventuelle Vorhandensein und ggf. über die genaue Lage vorhandener Versorgungsleitungen zu informieren und sich von den Versorgungsträgern einweisen zu lassen. Entsprechende Sicherheitsvorschriften der Rechtsträger sind genau zu beachten, notwendige Abstimmungen sind vom AN zu führen. Eventuell auftretende Schäden an Kabeln oder Leitungen gehen bei Nichtbeachtung zu Lasten des AN.

4 Angaben zur Ausführung

4.1 Termine und Fristen

Ausführungsfristen sind im Punkt 2 der „Besonderen Vertragsbedingungen“ dieser Ausschreibungsunterlage aufgeführt.

Ausführungsfristen werden verlängert, soweit die Behinderung aus einem Umstand aus dem Risikobereich des AG resultiert (VOB/B § 6 Nr. 2 Abs. 1). Witterungseinflüsse während der Ausführungszeit, mit denen bei Abgabe des Angebotes normalerweise gerechnet werden muss, gelten jedoch nicht als Behinderung (VOB/B § 6 Nr. 2 Abs. 2).

Es werden nur Bieter zur Abgabe des Angebotes aufgefordert, die im vorgenannten Ausführungszeitraum unter Einhaltung der Termine und Fristen die notwendigen Kapazitäten bereitstellen können.

Durch den Auftragnehmer ist vor Baubeginn ein vollständiger verbindlicher Bauablaufplan dem Auftraggeber vorzulegen, dieser wird nicht gesondert vergütet.

4.2 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Für die Sicherung der Baustelle gelten die StVO, die "Richtlinien für die Sicherung von Baustellen an Straßen" RSA, die ZTV-SA, das M VAS die ihre Rechtsgrundlagen in § 43, Abs. 3, Nr.2 der VwV-StVO haben und alle zurzeit gültigen TL.

Die Verkehrsführung ist vom AN entsprechend dem technologischen Bauablauf und den örtlichen Gegebenheiten unter Berücksichtigung von Knoten und Einmündungen festzulegen.

Vor Inbetriebnahme der Baustelle hat eine ordnungsgemäße förmliche Abnahme der Verkehrssicherung zu erfolgen. Der Termin wird bei der Bauanlaufberatung festgelegt. Die Abnahme ist schriftlich zu dokumentieren.

Mit dem Angebot ist das Formblatt „Nachweis für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen“ zu übergeben, wenn im NAN-Verzeichnis keine eingetragene Fachfirma benannt wurde. Ist das Formblatt „Nachweis für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen“ nicht vollständig ausgefüllt und liegen die entsprechenden Nachweise dem Angebot nicht bei, so wird das Angebot formell von der Wertung ausgeschlossen.

Die Verkehrszeichen müssen das RAL-Gütesiegel tragen.

Hohe Absätze im Fahrbahnbereich sind nach Weisung des AG durch aufgestellte Baken zu sichern.

Aufbau, Kontrolle, Wartung und Unterhaltung der erforderlichen Beschilderung und Sperreinrichtungen für die gesamte Bauzeit einschließlich der arbeitsfreien Tage obliegt in vollem Umfang, rund um die Uhr, der bauausführenden Firma. Die Verpflichtung des Auftragnehmers für die Sicherung und Absperrung endet erst mit vollständiger Räumung der Baustelle.

Beschilderungen und Sicherungen, welche ausschließlich dem Schutz der Bauarbeiter während der Arbeiten dienen, sind am Schichtende bzw. vor arbeitsfreien Tagen in geeigneter Weise aufzuheben.

Störungen sind im Bautagebuch nachzuweisen. Außerhalb geschlossener Baustellen ist Warnbekleidung zu tragen.

Bei Verstößen gegen verkehrsrechtliche Anordnungen erfolgt eine schriftliche Abmahnung durch das Straßenbauamt. Wiederholte Abmahnungen können nach § 2 Nr. 1 VOB zum Ausschluss vom Wettbewerb führen.

4.3 Bauablauf

Es ist generell von Montag bis Freitag unter Ausnutzung des Tageslichtes zu arbeiten.

Der AN ist für die Reihenfolge und Abwicklung der Bauarbeiten, die den gesamten Bauablauf betreffen (z.B. Koordinierung von Bauleistungen mit Nachunternehmer), grundsätzlich selbst verantwortlich.

Dazu ist vom AN ein auf den Fertigstellungstermin abgestimmter, detaillierter und verbindlicher

Herstellung eines temporären Gehweges Landsberger Allee / Danziger Straße

Bauzeitenplan, ausgewiesen mit allen wichtigen Bauphasen und Koordinierungsterminen anzufertigen und sofort nach Zuschlagserteilung, spätestens bis zur Bauanlaufberatung unterschrieben beim AG einzureichen.

Der AN hat auf einen geordneten Bauablauf zu achten und die einzelnen Arbeitsvorgänge so aufeinander abzustimmen, dass die beim Bau Beschäftigten und sonstigen Dritten nicht gefährdet werden. Er hat alle Vorgänge von Bedeutung, Beanstandungen und Unstimmigkeiten im Bauablauf unter Angabe von Tag und Stunde in einem Bautagebuch aufzunehmen. Schwerwiegende Vorkommnisse, wie zum Beispiel Unfälle, hat er unverzüglich anzuzeigen. Insoweit ist der AN auch für die Tätigkeit seiner Nachunternehmer verantwortlich.

Über die gesamte Bauzeit muss ständig ein kompetenter fachkundiger Vertreter auf der Baustelle zugegen sein. Dies gilt auch, wenn ausschließlich Leistungen von NAN ausgeführt werden. Er ist vom Auftragnehmer vor Beginn der Ausführung schriftlich zu benennen. An den wöchentlichen Bauberatungen hat der Bauleiter des AN teilzunehmen.

Besondere Ereignisse, die die Einschaltung der Polizei, der Feuerwehr, des Arztes, der Berufsgenossenschaft usw. erforderlich machen, sind sofort der Bauüberwachung des Auftraggebers zu melden.

Werbeschilder und andere Werbemittel dürfen auf der Baustelle nicht angebracht werden.

Die Abwicklung der Arbeiten obliegt in vollem Umfang dem AN. Sämtliche auszuführende Leistungen sind vor Baubeginn mit dem AG bzw. der örtlichen Bauüberwachung des AG abzustimmen. Werden im Zuge der Bauausführung andere als in der Ausschreibung dargestellte Gegebenheiten vorgefunden, so ist der AG umgehend zu informieren, um die weitere Bearbeitung festzulegen.

Durch den Auftragnehmer ist 3 Wochen vor Baubeginn ein vollständiger verbindlicher Bauablaufplan dem Auftraggeber vorzulegen, dieser wird nicht gesondert vergütet.

Die Bauleistungen sind zügig und ohne Unterbrechung abzuarbeiten. Der Auftragnehmer hat den Bauablauf so zu organisieren, dass Verkehrsführung, Zufahrten und Bauabschnitte jederzeit sicher und funktionsfähig bleiben.

4.4 Baubehelfe

entfällt

4.5 Stoffe, Bauteile

Die vorgesehenen Mischrezepturen sind mindestens eine Woche vor Einbau der jeweiligen Konstruktionsschicht dem Auftraggeber schriftlich zu übergeben.

Mit den Mischgutrezepturen sind gleichzeitig die Nachweise der Güteüberwachung (Eigen- und Fremdüberwachung) für das zu liefernde Asphaltmischgut gemäß den Technischen Lieferbedingungen für Asphalt im Straßenbau, Teil: Güteüberwachung, aktuelle Ausgabe (TL G Asphalt-StB) an den AG einzureichen.

4.6 Materialwahl und Einsatz von Recyclingbaustoffen (EBV)

Die mineralischen ungebundenen Schichten (FSS und STS) dürfen gemäß EBV sowohl aus Naturbaustoffen nach TL SoB-StB als auch aus Recyclingbaustoffen der Einbauklassen BM0* oder BM1.1 bestehen. Die Wahl zwischen Recyclingbaustoffen und Naturbaustoffen bleibt dem Auftragnehmer überlassen, sofern die Materialwerte gemäß Ersatzbaustoffverordnung eingehalten werden. Die vollständige EBV-Dokumentation (Voranzeige, Lieferscheine, Deckblatt, Abschlussanzeige) ist zu erbringen und Bestandteil der Leistung.

Bodenmaterial aus dem Erdaushub erfüllt laut Baugrundgutachten die Zuordnung BM0/BM0* und ist damit innerhalb der Baumaßnahme verwertbar. Die Verwendung erfolgt unter Beachtung der EBV, der ZTV E-StB sowie der Vorgaben im Leistungsverzeichnis.

Die projektspezifische Dokumentation erfolgt darüber hinaus gemäß den einschlägigen Vorgaben der AHO. Hierzu zählen insbesondere die Zusammenstellung der Ausführungs- und

Abrechnungsunterlagen sowie die fortlaufende Dokumentation der Leistungserbringung (z. B. Bautagesberichte/Fotodokumentation), soweit für die Abrechnung und Übergabe erforderlich.

4.7 Abfälle

Entsprechend dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) sind Abfälle in erster Priorität zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, sind Abfälle zu verwerten. Die Verwertung von Abfällen hat, soweit es technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist, Vorrang vor deren Beseitigung. Eine der Art und Beschaffenheit des Abfalls entsprechende hochwertige Verwertung ist anzustreben.

Darüber hinaus gelten die gesetzlichen Bestimmungen und Regelungen des Bundeslandes. Der Auftragnehmer hat die für die Erstellung der Abfallbilanz (§ 20 KrW-/AbfG) erforderlichen Angaben unaufgefordert an den AG zu übergeben.

Soweit in den Positionen des Leistungsverzeichnisses ausgebaute Stoffe und Materialien u. ä. in Eigentum des AN zu übernehmen sind, ist das dahingehend zu verstehen, dass der AN diese Materialien gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) einer ordnungsgemäßen Wiederverwertung zuzuführen hat.

Für die Entsorgung von Abfall ist ein Entsorgungsnachweis zu führen. Die Verwertung (Art und Ort) ist dem Auftraggeber unaufgefordert nachzuweisen. Hinsichtlich der zu führenden Nachweise sind die Anforderungen der Verordnung über Verwertungs- und Beseitigungsnachweise (NachwV) zu beachten.

Der Auftraggeber behält sich vor, die für die Erstellung der Abfallbilanz (§ 20 KrW-/AbfG) erforderlichen Angaben abzufordern.

4.8 Winterbau

Sofern die Bauausführung ganz oder teilweise in die Winterperiode fällt, sind die Arbeiten gemäß den anerkannten Regeln der Technik auszuführen. Der Auftragnehmer hat geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Frost, Schnee und Niederschlag zu ergreifen. Dies umfasst insbesondere den Schutz der ungebundenen und gebundenen Schichten während Einbau und Abbindezeit.

Etwaige Aufwendungen für Maßnahmen des Winterbaus, wie Abdeckungen, Aufheizung, Schutzvorkehrungen oder Bauzeitverschiebungen, sind durch den Auftragnehmer zu berücksichtigen und mit den Einheitspreisen abgegolten.

Asphalтарbeiten dürfen bei ungeeigneten Witterungsbedingungen (z. B. Frost, Niederschlag, fehlende Mindesttemperaturen) nicht ausgeführt werden. Der Auftragnehmer hat den Bauablauf entsprechend anzupassen.

4.9 Beweissicherung

Die Beweissicherung (Bestandsaufnahme/Fotodokumentation/Videobefahrung sowie Schlussbegehung) wird durch den Auftraggeber über ein externes Fachbüro veranlasst und beauftragt. Die Ausschreibung und Umsetzung der Beweissicherung sind nicht Bestandteil dieser Ausschreibung.

Der Auftragnehmer hat die Durchführung der Beweissicherung organisatorisch zu unterstützen (Zugang ermöglichen, Terminabstimmung, Mitteilung relevanter Bauphasen) und etwaige Hinweise/Anordnungen aus der Beweissicherung zu beachten, soweit sie die Bauausführung betreffen.

4.10 Sicherungsmaßnahmen

Die während der Bauausführung zur Gewährleistung des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes im Einzelnen zu beachtenden Arbeitsschutzanordnungen, insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft, Standards- und Schutzgüteanforderungen sind durch die ausführende Firma in eigener Verantwortung festzulegen. Der mit der Durchführung beauftragte Unternehmer ist für seine Entscheidungen und Maßnahmen allein verantwortlich. Er

hat für den fachgerechten und gefahrlosen Ablauf des Baugeschehens zu sorgen und sich hiervon zu überzeugen.

4.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

Grundsätzlich bilden gemeinsame Aufmäße der Vertragspartner für die jeweilige Leistung die Grundlage für die Abrechnung, welche entsprechend dem Baufortschritt erfolgt (gemäß ZVB/E-StB). Die Abrechnungseinheiten gelten entsprechend dem Leistungsverzeichnis und der VOB-Teil C. Inhalt und Form der Aufmäße sollen dem HVA B-StB entsprechen.

Die Aufmäße (einschließlich der dazu gehörenden Bautagesberichte und Liefer-/Wiegescheine) sind laufend, entsprechend dem Baufortschritt zu erstellen.

Jede Rechnung ist durch ein, vom AN, AG und örtlicher Bauüberwachung vorab unterzeichnetes Aufmaß zu belegen.

Abschlagszahlungen werden nur im Rahmen der vorliegenden Aufmäße finanziert.

Der Auftragnehmer hat den Baufortschritt im Bereich der Profilkeile und Übergänge zu dokumentieren (Fotos vor / während / nach Ausführung).

4.11.1 Eignungsprüfungen

Der Eignungsnachweis und die Erstprüfung nach ZTV Asphalt-StB 07/13 sind nach den einschlägigen Technischen Regelwerken von einer nach der RAP Stra anerkannten Prüfstelle durchzuführen und vom AN dem AG zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Auftragnehmer hat in eigener Verantwortung die Erstprüfung durchzuführen, die beabsichtigte Zusammensetzung des Asphaltmischgutes festzulegen und dem Auftraggeber vor Beginn der Bauausführung mit den dazugehörigen Prüfzeugnissen der Gesteinskörnung vorzulegen.

4.11.2 Eigenüberwachungsprüfungen

Für die in den vertraglich vereinbarten Regelwerken (z. B. ZTV Asphalt-StB 07/13) geforderte Eigenüberwachung des AN während der Ausführung von Einzelleistungen, ist dem AG mit Baubeginn ein Prüfplan vorzulegen. Darin sind die vom AN entsprechend Bauablauf geplanten Maßnahmen zur Eigenüberwachung in Art und Umfang aufzulisten. Wird in den Vorschriften eine Fremdüberwachung gefordert, ist diese in den Prüfplan aufzunehmen.

Die Aufwendungen zur Aufstellung des Prüfplanes sind in die jeweiligen Leistungspositionen einzurechnen, eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Die Ergebnisse der Eigenüberwachung sind schriftlich zu dokumentieren und dem AG bis zur Bauabnahme zur Qualitätsbeurteilung zu übergeben. Die Kosten der Eigenüberwachung sind Bestandteil der Einheitspreise.